



InnoPlanta e.V. · Am Schwabeplan 1 b · 06466 Gatersleben

Frau
Bundesministerin Ilse Aigner
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Gatersleben, den 07.03.2009

Prüfung des Anbauverbots für gentechnisch verbesserte Pflanzen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Aigner,

mit Fassungslosigkeit und großer Empörung haben die Mitglieder des InnoPlanta e.V. – Wissenschaftler, Landwirte, Pflanzenzüchter und Mittelständler aus der Biotechnologiebranche - Ihre Äußerungen gegenüber der „Berliner Zeitung“ zur Grünen Gentechnik zur Kenntnis genommen. Leider bestätigen Sie damit exemplarisch das Vorurteil, dass Politiker/innen weiter an Vertrauen verlieren und „ihr Fähnlein in den Wind hängen“, statt eine für richtig erkannte Position mutig gegen Ängste und Vorurteile weiter zu vertreten. Die Position, die Sie jetzt zur Grünen Gentechnik einnehmen, ist jedenfalls das genaue Gegenteil der Meinung, die Sie als forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu dieser wichtigen Technologie vertreten haben.

Unverantwortlich finden wir Ihre Erklärung, die Grüne Gentechnik bringe dem Menschen hierzulande bisher keinen erkennbaren Nutzen. Beim „Genmais“ sei kein Mehrwert erkennbar, ein Verbot deshalb vertretbar. Denn damit blenden Sie völlig aus, dass seit Jahren größer werdende Mengen an gentechnisch veränderten Produkten nach Deutschland eingeführt werden, die unsere Landwirte jedoch nicht anbauen dürfen. Schlimmer noch aber ist, dass sich der Staat an Stelle der Verbraucherinnen und Verbraucher die Entscheidung darüber anmaßt, was den Menschen einen erkennbaren Nutzen bringt und was nicht. Wir in Ostdeutschland haben das in vierzig Jahren DDR zur Genüge kennen gelernt. Das Zentralkomitee der SED wusste bekanntlich immer ganz genau, was den Menschen nützlich sein würde und was nicht. Was die Partei wollte, wurde vom Staat umgesetzt. Eine Bevormundung durch Ihr Ministerium und eine Einschränkung der Berufsfreiheit lehnen unsere Landwirte deshalb strikt ab.

Viele Landwirte und landwirtschaftliche Unternehmen in Deutschland, von denen mehr als 50 Mitglied des InnoPlanta e.V. sind, haben in den vergangenen Jahren die klaren Vorteile der Genmaissorte MON 810 kennen- und schätzen gelernt. Der Ertrag

war größer, die Gesundheit der Pflanzen besser als beim konventionellen Mais (weniger Pilzgifte!). Die Landwirte wollen und werden an dieser als sicher bewerteten und zugelassenen Maissorte festhalten und haben für das Jahr 2009 die entsprechenden Maßnahmen, wie Saatgutkauf und Feldvorbereitungen abgeschlossen.

Die Ergebnisse jahrelanger wissenschaftlicher Forschungsarbeiten z.B. der Arbeitsgruppe Agrarökologie der RWTH Aachen bestätigen eindrucksvoll, dass von MON 810 kein größeres oder anderes Risiko einer Umweltgefährdung ausgeht, als vom konventionellen Maisanbau. Im Gegenteil, der Anbau von MON 810 erweist sich als deutlich schonender als die Insektizid-Behandlung von mit Maiszünsler befallenen Flächen. Aber es scheint ein neues Phänomen zu sein, dass den Aussagen von selbsternannten „Experten“ und ein gefühltes Stimmungsbild bei politischen Entscheidungen ein höherer Stellenwert beigemessen wird, als den Ergebnissen deutscher Spitzenforschung.

Dass eine gefühlte fehlende Akzeptanz für ein zugelassenes Produkt und ein begleitendes Monitoring als Begründung für eine Anbauverbots-Prüfung herhalten muss, ist absurd und wird vor keinem Gericht standhalten.

Erschütternd ist nicht zuletzt Ihre ausdrückliche inhaltliche Unterstützung der Pläne des bayerischen Umweltministers, den ganzen Freistaat zur gentechnikfreien Zone zu erklären. Dass ausgerechnet die frühere forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion eine solche Kehrtwende vollzieht und Sie bei dieser Gelegenheit auch noch Ihren Eid als Bundesministerin auf das Grundgesetz und damit die Wahrung der Forschungsfreiheit zu brechen bereit sind, ist schockierend! Ihr Fraktionskollege Friedrich Merz hat im Handelsblatt vom 25.02.2009 dazu die richtigen Worte gefunden. Das lässt uns immerhin hoffen, dass Sie nicht im Namen der Bundesregierung gesprochen haben. Eine Kopie dieses Schreiben schicken wir deshalb an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Frau Bundesministerin Dr. Annette Schavan.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Uwe Schrader
Vorstandsvorsitzender